

# Lemkes Energiepolitik unter Beschuss

Ministerium findet Kritik einer neuen Bürgervereinigung nicht nachvollziehbar

**Ein neues Bündnis aus 15 Bürgerinitiativen kritisiert, wie die Energiewende in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird. Das grüne Wirtschaftsministerium habe den Naturschutz abgeschafft, heißt es in einem offenen Brief.**

**Mainz.** Die Energiewendepolitik des Landes steht unter Beschuss. 15 regionale Bürgerinitiativen wenden sich in einem gemeinsamen offenen Brief an Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), um „diese ungesteuerte und ungeheuerliche Entwicklung unverzüglich zu stoppen“.

Das Schreiben des Bündnisses „Energiewende für Mensch und Natur“ wendet sich vor allem gegen die Politik der grünen Wirtschaftsministerin Eveline Lemke. „Die Art und Weise, wie seit eineinhalb Jahren Lobbyarbeit von Unternehmen der Windin-

dustrie die Leitlinien der Politik bestimmt, ist schlicht unerträglich und undemokratisch“, heißt es in dem Brief. Das Schreiben bezieht sich auf die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms LEP IV. Seit Monaten gilt diese bei Naturschützern als umstritten.

Ein zentraler Vorwurf der Bürgerinitiativen lautet, dass Mainz die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung gefährdet. „Die Ministerien für Wirtschaft und Umwelt haben mit dem LEP IV den Naturschutz faktisch abgeschafft“, heißt es. „Die Energiewende ist zum Deckmantel für die Gewinnung neuer Einnahmen auf Kosten der Natur und der Strompreiskunden geworden.“ Die Unterzeichner verlangen unter anderem einen Masterplan, mehr ökologische Schutz-zonen, größere Mindestabstände

von Windrädern zu Siedlungen und die „Sicherstellung unabhängiger Gutachten“ in den Windkraft-Genehmigungsverfahren sowie die „Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände“.

Diese Kritik sei nicht nachvollziehbar, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium. Der vorliegende Entwurf des LEP IV gebe dem Landschaftsschutz deutlich mehr Raum als die erste Fassung. Es habe ein umfassendes Anhörungsverfahren gegeben, an dem sich auch die Naturschutzverbände aktiv beteiligt hätten. „Im Entwurf sind alle notwendigen Vorgaben enthalten, um einen unkontrollierten Wildwuchs bei Windenergieanlagen zu vermeiden“ sagt Staatssekretär Uwe Hüser. So seien sensible Flächen wie im Pfälzerwald von einer Windkraft-Nutzung explizit ausgeschlossen. *vb/kah*